

Frau Borowski von der SPD-Fraktion fragte, ob es sich hierbei um freiwillige Leistungen handele.

Dies wurde durch Herrn Gleß bejaht.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass der Beitritt zum Klima-Bündnis sinnvoll sei. Es bestätige sich, dass der Klimaschutz erfreulicherweise in den Gremien immer mehr an Bedeutung gewinne.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, dass mit dem Beitritt offensichtlich auch Verpflichtungen für die nächsten Jahre verbunden seien. Hier müsse man sich fragen, ob man sich diese zusätzlichen Aufgaben aufladen wolle, um auf der anderen Seite die eher abstrakten Vorzüge einer Mitgliedschaft zu erhalten. Er könne nicht sehen, wie die verbesserte Information die zusätzlichen Anstrengungen aufzuwiegen vermag.

Herr Gleß sagte, dass man diese Aufgabe bereits habe. Er erinnere an den Fahrplan für den Klimaschutz, welcher vor einigen Jahren vom Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschlossen worden sei. Die Erkenntnisse, welche man aus dieser Mitgliedschaft gewinne, würden in das Klimaschutzkonzept sowie die CO²-Bilanz, welche sich zurzeit in der Erarbeitung befinde, einfließen. Mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis erreiche man eine noch engere Vernetzung.

Der Ausschussvorsitzende fragte, welche andere freiwillige Leistung hierfür weg falle, da keine Einsparungen von anderen freiwilligen Leistungen aufgeführt seien. Pachteinnahmen könnten schließlich für die Gegenfinanzierung einer freiwilligen Leistung nicht herangezogen werden. Aus Sicht des Haupt- und Finanzausschusses könne man insofern nicht zustimmen.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass dies bis zur endgültigen Beschlussfassung im Rat sicherlich noch geprüft werden könnte. Sie bedankte sich namens der CDU-Fraktion für die detaillierte Sitzungsvorlage, aus welcher auch die Vorteile einer Mitgliedschaft hervorgingen.

Der Ausschussvorsitzende stimmte Frau Feld-Wielpütz zu, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss als Fachgremium heute über den Beitritt zum Klima-Bündnis beschließen könne. Es reiche sicherlich aus, die Frage der freiwilligen Leistungen im Rat zu beantworten.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.